



Die Nuklearrüstung Nordkoreas

**und die Interessen der an den Pekinger
Gesprächen teilnehmenden Staaten**

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas, Doris Washiedl

Korrekturat: Doris Washiedl, Melitta Strouhal

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des

Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Doris Washiedl

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprintstelle der Landesverteidigungsakademie Wien

Aktuelle Informationen zu Publikationen des Büros für Sicherheitspolitik und
der Landesverteidigungsakademie finden Sie im Internet:

<<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen>>

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in Bezug auf das nordkoreanische Atomwaffenprogramm	5
Die Entwicklung bis zum Sommer 2003	5
Die Entwicklung seit den ersten Peking Gesprächen	8
Der technische Stand und die Leistungsfähigkeit des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms ..	11
Nordkoreas politisch-militärische Handlungsoptionen	13
Offensive Optionen	13
Defensive Optionen	14
Die Interessen der an den Peking Gesprächen teilnehmenden Staaten	14
Die Position Nordkoreas	14
Die Position Südkoreas	16
Die Position Chinas	17
Die Position Japans	19
Die Position Russlands	20
Die Position der USA	20
Ausblick	23

Einleitung

Die hier vorliegende Arbeit versteht sich als Fortsetzung der Strategischen Analyse „Nach dem Irak nun Nordkorea? Die Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm“ von Erich Reiter, erschienen im Juni 2003, wobei sich diese Arbeit vor allem auf die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage zwischen den beiden Pekinger Gesprächsrunden und die Interessen der dort vertretenen Staaten konzentriert.

Neben dem Irak-Krieg war die Tatsache, dass Nordkorea Nuklearwaffen besitzt und produziert, der zweite große Aufsehen erregende Vorfall in der internationalen Politik des Jahres 2003. Beide drehten sich (zumindest formell) um die Frage, ob ein Staat illegal Massenvernichtungswaffen besitzt oder produziert und welche Gefahren davon für die internationale Sicherheit ausgehen. Während jedoch die Irak-Frage durch die Debellatio des Bath-Regimes ein neues Gesicht bekommen hat, scheint in Ostasien eine Lösung der Krise nicht in Sicht. Ziel dieser Arbeit ist es daher, eine kurze Situationsanalyse der Nuklearrüstung Nordkoreas, der Interessen der beteiligten Mächte und die daraus resultierenden Folgen für eine mögliche Beilegung der Krise auszuarbeiten.

Den Einstieg in die Arbeit bietet ein kurzer, auf der oben erwähnten Strategischen Analyse basierender Rückblick auf den Wandel der politischen Lage in Ostasien seit Ende des Kalten Krieges und die Entwicklungsgeschichte des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms sowie die dadurch ausgelösten internationalen Reaktionen. Anschließend wird das militärische/nukleare Potenzial Nordkoreas kurz behandelt, um zu evaluieren, welche politisch-militärischen Handlungsoptionen sich Nordkorea schaffen kann. Dann werden die Interessen der umliegenden Mächte (USA, China, Japan, Südkorea und Russland) analysiert, um in der Gegenüberstellung und vor dem Hintergrund der nordkoreanischen Ambitionen eine erste Vorhersage über mögliche Handlungsstrategien zur Beilegung der Krise treffen zu können.

Bei dem hier zu behandelnden Konflikt geht es vordergründig um die Militärstruktur, konkret um die Frage des Besitzes von Kernwaffen. Es wird sich jedoch im Rahmen dieser Arbeit zeigen, dass es dabei vielmehr um die Strukturen der Machtordnung Ostasiens, um die Einflusstruktur und am Rande auch um die interne Beschaffenheit der Herrschaftsregime geht.

Die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in Bezug auf das nordkoreanische Atomwaffenprogramm

Die Entwicklung bis zum Sommer 2003¹

Das Ende des Ost-West-Konfliktes bedeutete einen grundlegenden Wandel der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Lage Nordkoreas. Mit der Sowjetunion verlor Nordkorea nicht nur einen wichtigen Wirtschaftspartner (der Außenhandel Nordkoreas ist mit dem Ausfall der kommunistischen „Absatzmärkte“ quasi zusammengebrochen²), sondern durch das Auslaufen des Freundschafts- und Beistandsabkommens mit Russland im Jahre 1996³ auch eine „alternative Schutzmacht“ zu China, die dem kleinen ostasiatischen Staat einen gewissen sicherheitspolitischen Handlungsspielraum verschaffte. Da das eigene Wirtschaftssystem nicht einmal die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln sicherstellen konnte, hat der erfolgreiche Wirtschaftsreformprozess Chinas Nordkorea unter Druck gesetzt, sein Wirtschaftssystem umzugestalten. Jedoch konnte Nordkorea diesem Reformdruck bis jetzt (auf Kosten der Bevölkerung) widerstehen.

¹ So nicht anders zitiert sind die hier angeführten Schilderungen der Studie: Erich Reiter, Nach dem Irak nun Nordkorea? Die Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm, Strategische Analyse des Büros für Sicherheitspolitik, Wien 2003; entnommen.

² Markus Tidten, Nordkoreas Atomprogramm, Strategische Bedeutung und regionale Sicherheitsfrage, in: Erich Reiter (Hg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003, Hamburg u.a. 2003, S. 489.

³ Patrick Köllner, Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2003, Frankfurt am Main 2003, S. 27.

Die durch die wirtschaftspolitische Isolation verursachte Devisenknappheit wird durch Rüstungsexporte (vor allem ballistischer Raketen), Drogen- und Falschgeldhandel ausgeglichen⁴. Insofern ist die Befürchtung, Nordkorea könnte atomare Sprengsätze an bestbietende Kunden, auch Terrororganisationen, verkaufen, nicht ohne Grund.

Auch das politische Naheverhältnis zu China ist aufgrund politischer Differenzen lange nicht mehr so eng wie noch vor zehn Jahren. Nachdem sich China wirtschaftlich und politisch immer weiter an Südkorea annähert, stellt sich aus der Sicht Nordkoreas die Frage, wie zuverlässig der chinesische Schutzschirm tatsächlich ist.⁵

All diese Entwicklungen dürften das nordkoreanische Regime zu der Haltung bewegt haben, seine Sicherheitsinteressen zunehmend selbstständig wahrzunehmen – ein Vorhaben, das angesichts der politisch isolierten Lage, der durchaus leistungsschwachen und technologisch rückständigen Industrie sowie der äußerst potenten Nachbarn China, Russland, Japan und USA (die USA sind hier auf Grund ihres Engagements in Ostasien, ihrer ständigen Truppenpräsenz und der vertraglichen Sicherheitsverpflichtungen als „quasi Nachbar“ zu sehen) äußerst schwierig zu realisieren ist.

Die Beschaffung von Nuklearwaffen als geeignetes Mittel, sein politisch-militärisches Überleben zu sichern, erwog Nordkorea schon lange vor der „Wende“. Unter dem Eindruck der Kuba-Krise und als Reaktion auf Überlegungen seitens der USA, im Korea-Krieg Nuklearwaffen einzusetzen, entstand bereits in den sechziger Jahren ein Atomwaffenprogramm, dessen Ausrüstung (ein thermischer 2–4 MW-Versuchsreaktor und so genannte „heiße Zellen“ zur Plutoniumaufbereitung)⁶ von der damaligen Sowjetunion geliefert wurde. In den achtziger Jahren wurden die

Bemühungen weiter verstärkt, und man installierte in Yongbyon einen weiteren MW-Reaktor. Als sich die Hinweise mehrten, dass Nordkorea diese Anlage zur Entnahme von Nuklearmaterial öfters niederfuhr, übte die Sowjetunion unter Gorbatschow 1985 Druck auf Nordkorea aus, dem „Non Proliferation Treaty“ (NPT) beizutreten. Nordkorea schleppte jedoch die Verhandlungen über ein Inspektionsabkommen mit der International Atomic Energy Agency (IAEA) bis Ende Jänner 1992 hinaus.⁷

Als die Inspektoren schließlich ihren Dienst aufnahmen, stellten sie fest, dass Nordkorea nicht nur einen erheblichen Teil an waffenfähigem Plutonium entnommen, sondern auch zwei weitere Komplexe in Yongbyon errichtet hatte, die vermutlich der Lagerung und Aufbereitung von Plutonium dienten.⁸

Auf das Verlangen der IAEA, diese Einrichtungen ohne räumliche und zeitliche Einschränkungen zu inspizieren, kündigte Nordkorea 1993 den NPT, suspendierte aber diese Entscheidung vorerst auf Grund des internationalen Druckes. Ende März 1994 forderte die UNO (unter Einbeziehung Chinas) Nordkorea abermals auf, Inspektoren zuzulassen. Dies führte zum endgültigen Austritt Nordkoreas aus dem NPT, zur Entnahme der Brennsätze aus dem Reaktor Yongbyon und der damit verbundenen Wiederaufnahme der Plutoniumgewinnung.

Erst nach schwierigen Vermittlungsverfahren, die durch den Tod Kim Il Sungs unterbrochen wurden, kam man schließlich doch zu einer vorläufigen Einigung. Das Genfer Rahmenabkommen vom 21. Oktober 1994 sah unter anderem die Lieferung von zwei 1000 MW-Leichtwasserreaktoren (bei diesen entsteht im Verlauf der Kernreaktionen weit weniger Plutonium 239, sie eignen sich daher nicht zur Herstellung von großen Mengen an waffenfähigem Material) durch die USA bis 2003 vor, die dazwi-

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda.

⁶ Sebastian Harnisch, Nordkoreas nukleare Waffenprogramme, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 2/2003, S. 150.

⁷ Ebenda.

⁸ Gary Samore, The Korean Nuclear Crisis, in: Survival 1/2003, hg. von: The International Institute for Strategic Studies, Oxford 2003, S. 9.

schen entstandene Energielücke (es ist jedoch zu beachten, dass lediglich der geplante nordkoreanische 200 MW-Reaktor in Tachon eine nennenswerte Energieausbeute aufweist) sollte durch die Lieferung von Schweröl überbrückt werden. Im Gegenzug akzeptierte Nordkorea den NPT, und ließ den fünf MW-Versuchsreaktor, sowie etwa 8000 aus Versuchsreaktoren entnommene Brennstäbe versiegeln. Weiters wurde eine Garantiekündigung für die Souveränität Nordkoreas seitens der USA und die Aufnahme von Gesprächen zwischen Nord- und Südkorea vereinbart.

Jedoch verzögerten sich die Umsetzungsschritte dieses Abkommens beträchtlich. Zuerst (1995) lehnte Nordkorea den Typ des zur Lieferung anstehenden Leichtwasserreaktors ab. Der Kongress der Vereinigten Staaten wiederum versuchte, über die Bewilligung der Finanzmittel für die Reaktoren und Öllieferungen weitere Zugeständnisse Nordkoreas in Menschenrechtsfragen herauszuverhandeln, die über das Genfer Rahmenabkommen hinausgingen – und von Nordkorea abgelehnt wurden. Dennoch setzten die Öllieferungen bis Ende 2002 nicht aus.

Die Beziehungen verschlechterten sich weiter: begleitet von einer Verschärfung der Rhetorik (Achse des Bösen), versuchte die Administration George W. Bush, den Druck auf Nordkorea weiter zu verschärfen, und forderte neben einer verifizierbaren Einfrierung des Nuklearprogramms eine Aufgabe der Raketenprojekte und eine Reduzierung der Truppen entlang der demilitarisierten Zone.⁹ Fast gleichzeitig wurde ein Nuklearplanungsdokument bekannt, das Nordkorea als mögliches Ziel amerikanischer Präventivschläge vorsah – und von Pjöngjang wiederum als Verstoß gegen die 1993 von den USA abgegebenen Sicherheitsgarantien gesehen wurde.

In dieser Lage meldete die CIA, dass Nordkorea mit pakistanischer Unterstützung eine Uranaufbereitungsanlage nach dem Gaszentrifugenverfahren baue. Washington reagierte nicht sofort auf diese Erkenntnisse. 2002 besuchte der

⁹ Ebenda, S. 12.

Stellvertretende Außenminister James Kelly seinen nordkoreanischen Amtskollegen, der im Laufe der Gespräche eingestand, dass Nordkorea ein Programm zur Uranaufbereitung unterhalte.¹⁰

Da Washington gerade in der politischen wie militärischen Vorbereitung einer Intervention am Golf war, hatte es an einer weiteren Konfrontation mit Nordkorea und einer weiteren Eskalation der Lage in Ostasien wenig Interesse. So bemühten sich die USA, über Japan, Südkorea, China und Russland multinationalen Druck auf Nordkorea auszuüben und das Regime Kim Jong Il zum Einlenken zu bringen. Zwar hatten jene Staaten grundsätzlich Interesse an einer Denuklearisierung Nordkoreas, jedoch sind die jeweils eigenen Interessen hier zu vielschichtig gelagert, als dass sich eine konkrete Verhandlungssituation ergeben hätte.

Lediglich Japan folgte den USA und verschärfte den Druck auf Nordkorea so weit, dass es gemeinsam mit den USA die Zahlungen für die Schweröllieferungen an Nordkorea einstellte. Nach einer Phase erfolgloser Vermittlungsversuche kündigte Nordkorea schließlich im Dezember 2002 an, die bis dahin stillgelegten Reaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen wieder in Betrieb zu nehmen, und veranlasste die Ausweisung der IAEA-Inspektoren.¹¹

Bis zum Sommer 2003 scheiterten alle Vermittlungsversuche zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, wobei jede Seite ein Zugeständnis beziehungsweise ein Einlenken der jeweils anderen als Basis für eine Wiederaufnahme der Gespräche betrachtete.

Nordkorea erachtete multilaterale Verhandlungen für „sinnlos“ und forderte seitens der USA eine Wiederaufnahme der Hilfeleistungen als Kompensation für die Wiederaufnahme der Gespräche.¹² Die Vereinigten Staaten wollten jedoch

¹⁰ Ebenda, S. 12.

¹¹ Sebastian Harnisch, Nordkoreas nukleare Waffenprogramme, S. 154.

¹² Vgl. New nuclear test site found in North Korea, The International Herald Tribune, 2.7.2003, S. 3; Verdächtige Gase in Nordkorea?, Neue Zürcher Zeitung, 14.7.2003, S. 3.

nur im multilateralen Rahmen verhandeln, da sie ohne das Einbeziehen Chinas nicht den nötigen Druck auf Nordkorea ausüben konnten. Dennoch ist es im Rahmen multilateraler Gespräche für die USA weit schwieriger, Nordkorea Zugeständnisse abzurufen und die eigene harte Verhandlungsposition zu halten.¹³ Vor allem standen auch die eigenen Verbündeten Japan und Südkorea nicht in dem erwünschten Ausmaß hinter der amerikanischen Position.¹⁴ Beide Staaten wollten den Norden nicht zu sehr unter Druck setzen, um eine allfällige Eskalation der Krise zu verhindern.

Mitte Juni bestätigte die Führung Nordkoreas erstmals offiziell, an der Herstellung von Atomwaffen zu arbeiten. Man benötige diese, um die konventionellen Streitkräfte reduzieren zu können und das dadurch gesparte Geld in die Wirtschaft zu investieren.¹⁵ Man sehe sich zudem mit einer direkten amerikanischen Bedrohung konfrontiert und müsse daher Vorsorge treffen.

Weiters häuften sich die Berichte, dass Nordkorea intensiv an einer Verkleinerung seiner atomaren Sprengköpfe arbeite, um diese in seine Kurz- und Mittelstreckenraketen einzubauen. Es werde auf einem eigenen Testgelände nahe Yongbyon intensiv an Implosionsladungen gearbeitet.¹⁶ Ende Juli wurden erhöhte Mengen des Edelgas-Isotops Krypton 85, das bei der Aufbereitung von Brennstäben frei wird, an der nordkoreanischen Grenze festgestellt. Besondere Besorgnis erregte die Tatsache, dass nach Auswertung der meteorologischen Daten die Aufbereitung der Brennstäbe nicht in Yongbyon, sondern in einer bis dato unbekanntem Anlage erfolgt sein muss.¹⁷

Dies bewirkte zumindest in Japan eine Kurskorrektur. Sollte Nordkorea sein Nukleararsenal

tatsächlich ausbauen und ballistische Raketen mit diesen Sprengköpfen bestücken können, ergibt sich daraus für Japan ein völlig anderes Bedrohungsbild. Auch China nahm die laufende Entwicklung mit zunehmender Sorge wahr. Schließlich erhöhte Peking den Druck auf Nordkorea, um es doch zu einem Einlenken zu bewegen, man suchte ja durch diese Gespräche seine eigene Rolle als Regionalmacht unter Beweis zu stellen.

Die Entwicklung seit den ersten Peking Gesprächen

Die ersten Sechsergespräche in Peking vom 27. bis 29. August 2003 wurden selbst von Optimisten nur als Beginn eines langen und schwierigen Verhandlungsprozesses betrachtet.¹⁸ Zu verschieden waren die Verhandlungspositionen der einzelnen Staaten:

Nordkorea verlangte Sicherheitsgarantien (in Form eines bilateralen Nichtangriffspaktes) und diplomatische Anerkennung durch die USA, Wirtschaftshilfe, den Fertigbau der Leichtwasserreaktoren und eine Zusage, auch den Handel mit anderen Staaten von Seiten der USA nicht zu behindern, was einem Freibrief zum Export aller nur erdenklichen Rüstungsgüter gleichkommt.¹⁹

Die USA verlangten einen vollständigen, unwiderruflichen und überprüfbaren Abbau aller Programme und Einrichtungen zur Herstellung von Atomwaffen und den ungehinderten Zugang der Inspektoren zu allen nordkoreanischen Anlagen. Man wäre bereit gewesen, Nordkorea Sicherheitsgarantien auf Basis eines multilateralen Friedensabkommens zu geben.²⁰ Ansonsten war (und ist) man der Ansicht, dass man Nordkorea die erwähnten Hilfslieferungen bereits 1994 zugesagt hatte und dass es nun an Nordkorea liege, seinen Teil des Vertrages zu erfüllen. Erst wenn Nordkorea sein Atomwaffenprogramm aufbe-

¹³ Markus Tidten, Nordkoreas Atomprogramm, S. 492.

¹⁴ North Korea's desperate game, The International Herald Tribune, 12.6.2003, S. 6.

¹⁵ Nordkorea bekennt sich zu Nuklearstrategie, Neue Zürcher Zeitung, 10.6.2003, S. 4.

¹⁶ New nuclear test site found in North Korea, The International Herald Tribune, 27.7.2003, S. 3.

¹⁷ Relativierung Seouls im Atomstreit, Unklarheit über zweite Nuklearanlage in Nordkorea, Neue Zürcher Zeitung, 22.7.2003, S. 2; Hinweise auf geheime Atomanlage in Nordkorea, Süddeutsche Zeitung, 21.7.2003, S. 7.

¹⁸ Vgl. Wenig Optimismus vor Nordkorea - Treffen, Auftakt zu einem zähen Verhandlungsmarathon, Neue Zürcher Zeitung, 27.8.2003, S. 3.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

sei man zu wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit.²¹

China und Russland betonten zwar ihr Interesse an einer nuklearwaffenfreien Koreanischen Halbinsel, wollten das Regime in Pjöngjang aber nicht zu sehr unter Druck setzen.

Südkorea und Japan durften zwar auf der einen Seite die Verhandlungsposition der USA nicht unterminieren, auf der anderen Seite wünschten sie sich aber einen weniger konfrontativen Kurs gegenüber Nordkorea. Südkorea vertrat hier die „weichste“ Position. Es wollte weder Nordkorea provozieren, noch wollte und will es von der „Sunshine Policy“ abrücken. Japan, dessen Öffentlichkeit auch 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges noch starke Vorbehalte gegen ein militärisches Engagement hat, wollte sich nicht in einen Handlungszwang hineinmanövrieren. Allerdings verstärkte die starre und erpresserische Haltung Nordkoreas bei den Pekinger Gesprächen auch in Japan die Ansicht, dass man Nordkorea nicht allein mit diplomatischen Mitteln beikommen könne.

Die Gespräche gingen ohne Ergebnis zu Ende. Man einigte sich lediglich darauf, sie fortzusetzen und sich innerhalb von zwei Monaten erneut zusammenzusetzen. Jedoch bereits am 30. August hieß es aus offizieller Quelle, man hege seitens Pjöngjangs kein Interesse an einer Wiederaufnahme der Gespräche. Diese seien lediglich „leeres Geschwätz“ und bringen keinen Fortschritt.²² Damit brüskierte Nordkorea China, das die Gespräche als diplomatischen Erfolg für sich verbuchen wollte.

Die chinesische Führung reagierte, indem sie zusätzlich 150 000 Soldaten an der chinesisch-nordkoreanischen Grenze stationierte. Nach offiziellen Angaben sollten sie die Flüchtlingsbewegungen aus Nordkorea unterbinden. Da angeblich nordkoreanische Soldaten die Grenze

überschritten und dort Gewaltverbrechen begangen hätten, reiche die Grenzpolizei dazu nicht mehr aus.²³ Diese „Grenzüberwachung“ wurde auch durch Manöver der chinesischen Luftwaffe an der nordkoreanischen Grenze begleitet, und so konnte man die Drohung in Richtung Pjöngjang kaum missverstehen. Nordkorea erklärte sich bereit, an weiteren multilateralen Gesprächen teilzunehmen, äußerte sich jedoch nicht zu Ort oder Zeitpunkt.

Die Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich und Australien veranstalteten zur selben Zeit Flottenmanöver im Westpazifik. Man probte das Stellen und Untersuchen von Frachtschiffen, auf denen möglicherweise illegale Güter wie Drogen oder Massenvernichtungswaffen transportiert werden.²⁴ Obwohl offiziell abgestritten richteten sich die Manöver eindeutig gegen Nordkorea. Interessant ist, dass Japan seine Beteiligung an solchen Seemanövern anlässlich der Gründung der Proliferation Security Initiative (PSI) noch grundsätzlich ablehnte, angesichts der Lageentwicklung in Nordkorea aber doch daran teilnahm. (Allerdings verlangte Japan, das Manöver als Polizeübung zu bezeichnen und beteiligte sich mit Einheiten der Küstenwache, nicht der Marine.) Das Seemanöver beunruhigte China in zweierlei Hinsicht: Zum einen war man aus eigenen Beweggründen nicht daran interessiert, dass die USA oder ihre Verbündeten Frachtschiffe mit verdächtiger Ladung (auf Hoher See) kontrollieren, zum anderen beobachtete man das immer stärkere Engagement Japans und dessen schwindende Angst, sich an militärischen Operationen zu beteiligen, mit Sorge.

Um von Seiten Japans den Druck auf Nordkorea weiter zu erhöhen, wurde im Frühjahr 2004 die Regierung per Gesetz ermächtigt, Wirtschafts-

²¹ The first step is North Korea's, The International Herald Tribune, 5.9.2003, S. 8.

²² Nordkorea will keine weiteren Gespräche, Angedrohter Ausbau der Atomaren Abschreckung, Neue Zürcher Zeitung, 1.9.2003, S. 1.

²³ Unmut Pekings über Pjöngjang, Truppenaufmarsch Chinas an der Grenze zu Nordkorea, Neue Zürcher Zeitung, 15.9.2003, S. 4.

²⁴ Schlinge um Nordkorea wird enger gezogen, Marinemanöver zur Kontrolle des Waffenhandels, Neue Zürcher Zeitung, 15.9.2003, S. 4.

sanktionen gegen Nordkorea zu verhängen.²⁵ Allerdings kam es bis jetzt nicht zu einer Verhängung von Sanktionen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Japan von Nordkorea die Freigabe der Kinder japanischer Entführungsoffer erkaufen will und deshalb sehr zurückhaltend mit Drohungen umgeht.²⁶ Insofern muss auch die Ankündigung einiger japanischer Unterhausvertreter, ein Gesetz vorzubereiten, demnach nordkoreanischen Schiffen das Anlaufen japanischer Häfen untersagt werden kann,²⁷ abwartend bewertet werden.

Seit den ersten Peking Gesprächen haben sich die Verhandlungspositionen der Parteien kaum verändert. Nordkorea verlangt umfassende Zugeständnisse, Sicherheitsgarantien und Hilfeleistungen seitens der Anrainerstaaten und der USA, bietet aber im Gegenzug lediglich das Einfrieren, nicht aber den Abbau der Nuklearanlagen an.²⁸ Auch beziehen sich die möglichen Zugeständnisse und Inspektionsrechte nach nordkoreanischen Vorstellungen nur auf die bereits im Rahmenabkommen von 1994 festgelegten Objekte, nicht auf allfällige Uran-Anreicherungsanlagen oder weitere Lagerstätten und Plutonium-Aufbereitungseinrichtungen. Dies ist für die USA natürlich nicht zufriedenstellend.

Die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea haben sich zumindest formell auf eine gemeinsame Position für die nächsten Sechsergespräche geeinigt. Diese ist dieselbe wie im August vergangenen Jahres und beinhaltet vor allem den unwiderrufflichen, nachvollziehbaren und vollständigen Abbau des Atomwaffenprojekts und die Zulassung von Inspektionen. Als Gegenleistung werden multilaterale Sicherheitsgarantien

in Aussicht gestellt.²⁹ Wie weit die Staaten dieser gemeinsamen Position auch den nötigen Nachdruck verleihen, ist offen. Die erste Abweichung kam von Seiten Japans: Man wollte die Entführungsfälle in die Agenda der Sechsergespräche aufnehmen, sollte sich Nordkorea nicht bereit erklären, dies vorab auf bilateralem Wege zu klären.³⁰ Dies würde die Verhandlungen zusätzlich erschweren und die Verhandlungsposition der „westlich“-orientierten Staaten schwächen. Zwar hat Nordkorea daraufhin einen Blitzbesuch einer japanischen Delegation gestattet, jedoch wurde keine Einigung erzielt.³¹ Ob die japanische Delegation diese Causa tatsächlich einbringen wird, ist fraglich, jedoch steht sie diesbezüglich unter starkem innenpolitischen Druck. Die Entführungsfälle werden von der japanischen Öffentlichkeit sogar als schwerwiegenderes Problem angesehen als das nordkoreanische Atomwaffenprogramm.³²

Wie erwartet kam man im Rahmen der zweiten Peking Gesprächsrunde zu keiner Einigung. Auch diesmal konnte man sich nicht auf ein Schlussdokument einigen, da Nordkorea im letzten Augenblick noch Änderungen verlangte, die von anderen Parteien nicht mitgetragen wurden.³³ Man einigte sich lediglich auf das Einsetzen einer Arbeitsgruppe, die die Verhandlungsgrundlagen der nächsten Gesprächsrunde aufbereiten soll. Über ein mögliches Abkommen zwischen Südkorea, Russland sowie China und Nordkorea, das ein Einfrieren des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms wirtschaftlich entlohnen will, ist nichts Offizielles bekannt.³⁴

²⁵ Japan turns up heat on North Korea sanctions bill clears Lower House, The Japan Times Online, 30.1.2004; Sanctions bill gets green light, The Asahi Shimbun Online, 30.1.2004.

²⁶ Officials in shock visit to north; abductees on agenda, The Japan Times Online, 12.2.2004.

²⁷ LDP panels endorse bill on North Korean ship ban, The Japan Times Online, 18.2.2004.

²⁸ Vgl. Nordkorea übt sich in Angebots-Rhetorik, Weiterer Vorschlag für eine Beilegung des Atomstreits, Neue Zürcher Zeitung Online, 6.1.2004.

²⁹ Nordkorea - Offerte der USA und ihrer Partner, Breite Kluft zu den Positionen in Pjöngjang, Neue Zürcher Zeitung, 9.12.2003, S. 1.

³⁰ Japan to bring up abduction issue, The Japan Times Online, 4.2.2004.

³¹ Vgl. Officials in shock visit to North; abductees on agenda, The Japan Times Online, 12.2.2004.

³² Dies ergab zumindest eine Umfrage des japanischen Kabinettsbüros im Frühjahr 2003, siehe: Nordkorea zeigt sich zuvorkommend, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.1.2004.

³³ Nordkorea bleibt bei seinem Atomwaffenprogramm, Keine Fortschritte in den Peking Gesprächen, Neue Zürcher Zeitung Online, 1.3.2004.

³⁴ Siehe: Treten am Ort in der Nordkorea-Frage, Neue Zürcher Zeitung Online, 1.3.2004.

Der technische Stand und die Leistungsfähigkeit des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms

Nachdem man im Irak, dessen Möglichkeiten Massenvernichtungswaffen herzustellen hoch eingeschätzt wurden, bis heute keine dementsprechenden Programme gefunden hat, ist man mittlerweile äußerst vorsichtig im Umgang mit Prognosen über Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen anderer Staaten geworden. Insbesondere über Nordkorea fehlen seriöse Berichte. Alle Einschätzungen über die Leistungsfähigkeit des nordkoreanischen (Plutonium-)Atomwaffenprogramms beziehungsweise die Anzahl der Sprengköpfe basieren auf der geschätzten Menge des aus Brennstäben entnommenen Plutoniums 239 und der vermuteten Fähigkeit Nordkoreas, daraus Sprengköpfe herzustellen. (Die benötigte Menge, um eine kritische Masse herzustellen hängt unter anderem von den technischen Fähigkeiten Nordkoreas ab.³⁵) Bezüglich des auf Urananreicherung basierenden Programms gibt es lediglich Einschätzungen der CIA, jedoch haben gerade diese nach dem dritten Golfkrieg an Glaubwürdigkeit verloren. Sicher ist jedoch, dass diesbezügliche Technologie aus Pakistan an Nordkorea weitergegeben wurde.³⁶

Damit ist bereits vorweggenommen, dass sich das nordkoreanische Atomwaffenprogramm im Grunde in zwei unterschiedliche Projekte teilt: Ein Programm betrifft die Herstellung von Plutonium-Sprengköpfen, wobei das Plutonium aus ausgebrannten Brennstäben von Reaktoren entnommen wird. Das andere Programm beschäftigt sich mit der Herstellung von Uran-Bomben, wobei das Uran in eigenen Anlagen aufbereitet wird.

³⁵ Vgl. Presseaussendung des Londoner International Institute for Strategic Studies anlässlich der Vorstellung ihrer Publikation: North Korea's Weapons Programms, a Net Assessment, vom 21.1.2004, unter <www.iiss.org/showdocument.php?docID=324>.

Die Entwicklungsgeschichte der beiden Programme wurde bereits geschildert. Aus dem bis jetzt entnommenen Plutonium könnte Nordkorea bereits einige Atomwaffen hergestellt haben, die Schätzungen über die genaue Anzahl gehen auseinander. Nach US-Schätzungen wurden aus etwa 30 kg Plutonium ein bis zwei Bomben hergestellt.³⁷ Nach chinesischen Schätzungen sollen es drei bis fünf, nach südkoreanischen Schätzungen bis zu sechs Sprengköpfe sein. Aus den bis Dezember 2002 gesichert aufbewahrten Brennstäben (etwa 8000 Stück) hätte Nordkorea das Material für weitere sechs Sprengköpfe bis Jahresmitte 2003 gewinnen können³⁸. Über die zur Verfügung stehenden Trägersysteme gibt es wenige Angaben. In der Fachliteratur werden die nordkoreanischen Atomwaffen als durch Flugzeuge abzuwerfende Bomben ohne Eigenantrieb bezeichnet. Als Trägerflugzeug wird die H-5 (chinesischer Nachbau der Il-28) angegeben.³⁹

Man geht davon aus, dass Nordkorea technologisch nicht in der Lage ist, atomare Sprengsätze in ballistische Raketen einzubauen, jedoch soll Nordkorea in einem eigenen Versuchsgelände intensiv an Technologien zur Verkleinerung seiner Sprengköpfe arbeiten (Verbesserung der Implosionsladung).⁴⁰ Dies ist wichtig, da die Il-28 gegenüber den in Erprobung befindlichen Raketen eine geringere Reichweite aufweist (etwa 2100 km) und darüber hinaus als veraltetes Fluggerät ein leichtes Ziel für Jagdflugzeuge oder Fliegerabwehrsysteme darstellt. Es ist aber nicht eruierbar, auf welche Tatsache sich diese Annahme stützt.

³⁶ Dies kam anlässlich der pakistanischen Proliferationsaffäre um A.Q. Kahn an die Öffentlichkeit. Vgl. dazu James A. Kelly, Ensuring a Korean Peninsula Free of Nuclear Weapons, Remarks to The Research Conference - North Korea: Towards a New International Engagement Framework, 13.2.2004, download am 20.2.2004 unter: <www.state.gov/p/eap/rls/rm/2004/2939pf.htm>, S. 3.

³⁷ The Military Balance 2002-2003, hg. von: The International Institute for Strategic Studies, Oxford 2003, S. 222; Strategic Survey 2002-2003, hg. von: The International Institute for Strategic Studies, Oxford 2003, S. 199f.

³⁸ Strategic Survey 2002-2003, S. 199.

³⁹ Vgl. The Military Balance 2002-2003, S. 221.

⁴⁰ New nuclear test site found in North Korea, The International Herald Tribune, 2.7.2003, S. 3.

Die Sprengköpfe können zumindest nicht mit derzeit eingeführten Raketen verschossen werden, weder mit der Hwasong 5/6 (Scud B/C), noch mit der No-Dong (Reichweite ca. 1300 km). Die in Erprobung befindlichen Tapeo Dong 2-Raketen, die nicht nur über eine größere Reichweite (über 6000 km) verfügen, sondern auch eine höhere Nutzlast aufweisen, befinden sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Es bedarf für deren Einsatzfähigkeit vor allem noch der Raketentests, die bis jetzt von Nordkorea nicht durchgeführt wurden.⁴¹

Das Uran-basierte Atomwaffenprogramm befindet sich zurzeit im Aufbau. Nach Schätzungen der CIA ist es jedoch nicht vor 2005 einsatzbereit. Dieser Zeithorizont leitet sich durch einen Vergleich mit dem entsprechenden pakistanischen Projekt ab, welches etwa so lange zur Fertigstellung brauchte. Kooperationen mit pakistanischen Forschungsstellen und der Ankauf von Spezialgerät aus Pakistan sprechen dafür, dass das nordkoreanische Programm nach pakistanischem Vorbild installiert wird.⁴² Wie viele Sprengköpfe dann pro Jahr produziert werden können, ist jedoch unklar.

Es gehen nicht nur die Einschätzungen über den Stand des Projektes beziehungsweise die Anzahl und die Beschaffenheit der Sprengköpfe auseinander, es gibt auch Schätzungen, nach denen das derzeitige Atomwaffenprogramm Nordkoreas keine Resultate erbracht haben könnte. Beispielhaft sei hier die Position des russischen Atomphysikers Alexander B. Koldobskij dargestellt, nach der das aus Kernreaktionen gewonnene Plutonium sehr stark durch minderwertige Plutoniumisotope Plutonium 240 (22 %), 242 (6 %), 241 (12 %), 238 (2 %) verunreinigt ist. Es ließe sich aus solchem Material zwar ein Sprengkopf herstellen, jedoch sei dieser „sperrig, schwer zu handhaben und hätte eine geringe Sprengkraft

(sie würde 0,5 Kilotonnen Trotyläquivalent kaum übersteigen) – doch er wäre einsatzbereit“⁴³. Aus diesen Gründen ist es selbst für etablierte Atom-mächte, die über eine große Nuklearindustrie und technische Erfahrung verfügen, äußerst umständlich und aufwändig, solch einen Sprengkopf zu bauen, weshalb dies auch noch nie unternommen wurde. Nach Ansicht Koldobskijs verfügt Nordkorea nicht über das ausreichende Potenzial an Produktionsstätten, Know-how und Kontakten, um vermittels dieses auf Reaktorplutonium basierenden Programms Atom Sprengköpfe herstellen zu können.⁴⁴

Bomben auf Basis der Anreicherung von Uran-235 sind einfacher herzustellen, zumal man bei dem Bau des Sprengkopfes auf die so genannte „Kanonen-Bauweise“ statt auf das Implosionsverfahren zurückgreifen kann. Diese Sprengköpfe sind zwar nicht so effizient, aber einfacher herzustellen. Das nordkoreanische Uran-basierte Atomwaffenprogramm ist frühestens 2005 einsatzbereit.

Die nordkoreanische Regierung hat den Besitz von Atomwaffen nie direkt und offiziell zugegeben. In offiziellen Stellungnahmen werden lediglich zweideutige Redewendungen über den Aufbau einer nuklearen Streitmacht oder die Fähigkeit zur massiven Vergeltung benutzt.⁴⁵ Jedoch gibt es keine Stellungnahme, in der Nordkorea klar aussagt, über funktionsfähige und einsatzbereite Atomwaffen zu verfügen.

Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass die nordkoreanische Regierung bei dem Beschluss, ein auf Reaktorplutonium basierendes Atomwaffenprogramm zu forcieren, die Machbarkeit des Projektes falsch eingeschätzt und einen Fehlschlag aus Prestige- und Sicherheitsgründen nicht zugegeben hat. Unter dem Schutz der „Legende der Atombombe“ könnte genug Zeit gewonnen werden, um auf Basis eines auf hochangereichertem

⁴¹ Zu den nordkoreanischen Raketenprogrammen siehe: North Korea's Weapons Programmes, a Net Assessment, hg. von: The International Institute for Strategic Studies, London 2004, S. 63ff.

⁴² Sebastian Hamisch, Nordkoreas nukleare Waffenprogramme, S. 158.

⁴³ Alexander B. Koldobskij, Atom- und Strahlenterrorismus: Reale Option oder eingebildete Gefahr?, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 3/2003, S. 310.

⁴⁴ Ebenda, S. 313.

Uran basierendes Projektes tatsächlich Atombomben herzustellen und so den „Bluff“ schlussendlich durch reale Tatsachen abzulösen.

Da die Frage des Besitzes von Atomwaffen eine äußerst heikle Angelegenheit mit hohem politisch-militärischem Risiko ist, ist es sehr unwahrscheinlich, dass es die USA wirklich zu einer Konfrontation kommen lassen (bei dem ein solcher Bluff natürlich auffliegen würde). Daher wird mit Nordkorea auf jeden Fall so umgegangen, als hätte es einsatzfähige Nuklearwaffen. Ob der Westen dabei auf eine Finte hineinfällt, wird erst die Geschichte zeigen.

Nordkoreas politisch-militärische Handlungsoptionen

Hier soll der Frage nachgegangen werden, ob die Beschaffung von Nuklearwaffen die militärischen Handlungsoptionen Nordkoreas in Bezug auf sein sicherheitspolitisches Umfeld erweitert.

Offensive Optionen

Das mögliche nordkoreanische Nuklearpotenzial, selbst wenn es mittlerweile auf sechs bis acht Bomben angewachsen ist, ergibt jedoch noch lange keine Atomstreitmacht im militärisch-operativen Sinne. Selbst wenn im nächsten Jahr noch einmal so viele Bomben hinzukommen, ist es nicht ausreichend, um einen Krieg gegen Südkorea allein auf Grund einer nuklearen Überlegenheit zu planen. Allein die Anzahl der präventiv zu vernichtenden Ziele (Führungszentralen, Kasernen, Flugplätze, Häfen) bereitet hier schon Schwierigkeiten. Sollten auch die zukünftigen Sprengköpfe von Bombern abzuwerfen sein, ist gegen die technologisch gut ausgerüstete südkoreanische Luftabwehr eine hohe Ausfallsquote zu erwarten. Da sich permanent starke US-Truppenteile (auch in der Nähe möglicher Ziele) in Südkorea befinden, wäre ein solcher Waffeneinsatz automatisch mit dem Kriegseintritt der USA verbunden. Die Verlegung von zwölf B-

52- und zwölf B-1-Bombern nach Guam⁴⁶ anlässlich nordkoreanischer Kriegsdrohungen lässt wenig Zweifel daran, dass die USA in solch einem Fall auf Nuklearwaffen zurückgreifen würden.

Die Chance, durch Androhung eines Nuklear-einsatzes gegen die USA diese zur Zurückhaltung zu bewegen und dann in einem konventionellen Krieg Südkorea zu bezwingen, ist äußerst gering. Zuerst ist es fraglich, ob die USA wirklich nachgeben würden, zumal sie damit ihre Glaubwürdigkeit in Ostasien aufs Spiel setzen. Sie haben schließlich nicht nur Südkorea, sondern auch Japan und vor allem dem durch ebenfalls eine Nuklearmacht (China) beanspruchten Taiwan Sicherheitsgarantien gegeben. Weiters ist die nordkoreanische Armee der des Südens auch konventionell unterlegen. Die südkoreanische Armee macht zwar an Zahlen nur etwa drei Fünftel der Stärke des Nordens aus, ist jedoch technologisch dem Norden weit überlegen. Wie sehr sich diese Überlegenheit (vor allem im Bereich der elektronischen Kampfführung und der Luftkriegsführung) gegen eine quantitativ größere, aber technisch rückständige Armee bemerkbar macht, haben die letzten beiden Golfkriege unter Beweis gestellt. Für die Durchsetzung maritimer Ansprüche sind die Flotte und die Luftwaffe zu schwach, zudem fehlen die für den Seekrieg erforderlichen Abstandslenk Waffen.⁴⁷ Für eine aggressive Expansionspolitik, wie sie etwa der Irak bis 1991 betrieben hat, reicht das Potenzial Nordkoreas also trotz möglicher Nuklearwaffen nicht aus.⁴⁸ Insofern sind nordkoreanische Kriegsdrohungen als Kampfrhetorik zu sehen.⁴⁹

⁴⁵ Nordkorea bekennt sich zur Nuklearstrategie, Neue Zürcher Zeitung, 10.6.2003, S. 4.

⁴⁶ Strategic Survey 2002–2003, S. 204.

⁴⁷ Mit Ausnahme einiger veralteter Schnellboote und einer Korvette, die 2 bzw. 4 SS-N-2 Styx-Flugkörper mit sich tragen. Wegen der mangelnden Deckung aus der Luft, fehlender C³I-Ausrüstung und ECM-Möglichkeiten ist das jedoch keine sea-power-capacity. Vgl. North Korea's Weapons Programmes, a Net Assessment.

⁴⁸ Für die Einschätzung der militärischen Fähigkeiten wurden die Zahlen und Daten aus Military-Balance 2002–2003 herangezogen.

⁴⁹ Sebastian Hamisch, Nordkoreas nukleare Waffenprogramme, S. 155.

Defensive Optionen

Andererseits bietet das kupperte Gelände Nordkoreas dem Verteidiger die Möglichkeit, auch mit technisch minderwertigen Truppen einem potenziellen Angreifer (sei es China, sei es eine von den USA geführte Koalition) hohe Verluste zuzufügen. Zudem liegt Seoul mit seinen Vorstädten im Feuerbereich der nordkoreanischen Artillerie. Alleine durch die derzeit nördlich von Seoul stehenden Artillerieverbände könnten etwa 300 000 Granaten pro Stunde auf die südkoreanische Hauptstadt abgefeuert werden⁵⁰.

Der Einsatz von Nuklearwaffen gegen Ballungszentren und zivile Ziele würde selbst bei einem tatsächlichen Wirksamwerden von nur wenigen Sprengköpfen (Ausfälle durch Abschuss von Bomben, ungenaue Treffer) den Schaden an zivilen Objekten im Vergleich zu einem konventionellen Artillerieangriff weitaus vergrößern. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die westlichen Gesellschaften einen Krieg unter so hohen zivilen Verlusten gutheißen würden. Eine „friedliche Lösung“, das heißt der Verzicht auf militärische Maßnahmen gegen Nordkorea, wurde daher von Seiten sowohl der Clinton- als auch der Bush-Administration als einzig gangbarer Weg empfunden.

Die nordkoreanischen Streitkräfte können lediglich zwei Aufgaben erfüllen: den Erhalt des Staates und seines politischen Systems sowie Provokationen. Durch gezielte Provokationen wie etwa den Test einer ballistischen Rakete über japanisches Hoheitsgebiet hinweg oder kleine Flottengefechte⁵¹ unterstreicht Nordkorea sein Vermögen, aus einer schwer angreifbaren Situation die Region rund um die koreanische Halbinsel jederzeit stören zu können. Hierbei geht es nicht um die Geltendmachung von Herrschaftsansprüchen und deren militärische Durchsetzung (wie etwa bei der Invasion Kuwaits durch den Irak), sondern um eine bewusste Destabilisierung und das Aufzeigen, dass eine ungestörte wirt-

schaftlich-politische Entwicklung auch des Einverständnisses Pjöngjangs bedarf.

Die Interessen der an den Pekinger Gesprächen teilnehmenden Staaten

Die Position Nordkoreas

Alle nachvollziehbaren nordkoreanischen Interessen zur Verfolgung des Nuklearprogramms ergeben zwei Standpunkte:

Oberstes Ziel der Regierung in Pjöngjang ist es, sein eigenes Überleben zu sichern. Für diese „Regimepragmatisierung“ wird das Atomwaffenprogramm in zweierlei Hinsicht instrumentalisiert: Erstens soll das Programm den Staat vor Interventionen von außen schützen, zweitens bietet es eine ausgezeichnete „Handelsmasse“, um von der Staatengesellschaft (Der Begriff der Staatengesellschaft, also einer Summe an Staaten, deren Beziehungen durch allgemein anerkannte Umgangsformen gekennzeichnet ist, ist dem Begriff der Staatengemeinschaft, der eine allgemeine Akzeptanz bestimmter Normen, Werte und Konventionen voraussetzt, vorzuziehen)⁵² wirtschaftliche Zugeständnisse zu erpressen und die ökonomische Überlebensfähigkeit des Regimes in seinen gegenwärtigen Zügen zu sichern.

Für Ersteres spricht nicht nur die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage, auf die Nordkorea reagieren muss, sondern auch dessen Verhandlungspolitik: Als Pfand für die Verhandlung des Genfer Rahmenabkommens verlangte Nordkorea bereits eine Sicherheitsgarantie, die sie im Dezember 1993 auch bekam. Nachdem Nordkorea in einem US-Nuklearplanungsdokument als mögliches Ziel für präventive Schläge erwähnt wurde, verschlechterte sich das Klima zusehends. Schließlich verlangte Nordkorea als Bedingung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen die

⁵⁰ Strategic Survey 2002–2003, S. 198.

⁵¹ The Military Balance 2002–2003, S. 140.

⁵² Siehe dazu: Klaus Faupel, Zum Stellenwert der Macht in der internationalen Politik: Eine systematische Übersicht über den Objektbereich, in: Peter R. Weilemann u.a. (Hg.), Spurensuche: Ein Jahrhundert in Deutschland verstehen (Festschrift für Hans-Peter Schwarz), Paderborn 1999, S. 496.

Anerkennung der Souveränität Nordkoreas, einen Nichtangriffspakt mit den USA und wirtschaftliche Hilfeleistungen.⁵³

Nordkorea verlangt diese Sicherheitsgarantien nur von den USA und lehnt einen multilateralen Friedensvertrag ab. Dies kann mannigfaltige Hintergründe haben. Zum Ersten ist neben den USA nur China militärisch in der Lage, Nordkorea einzunehmen. Es hat daran jedoch kein Interesse, auch wären die dafür nötigen Verluste (im Hinblick auf die geringe Distanz Pekings und anderer Ballungszentren zu Nordkorea) zu hoch. Somit bleiben tatsächlich nur die USA, abgesichert durch die große Distanz zum Mutterland, als ernsthafte Herausforderung bestehen.

Eine weitere Überlegung könnte sein, sich zukünftige Handlungsoptionen gegenüber Südkorea nicht zu verbauen. Ein bilateraler Nichtangriffspakt würde die USA aus dem Konflikt (Nordkorea befindet sich theoretisch noch im Kriegszustand mit dem Süden) zumindest rechtlich heraushalten, ihre Beistandsverpflichtungen gegenüber Südkorea unterminieren, hingegen dem Norden gegenüber Südkorea alle Möglichkeiten, vor allem auch die des Krieges, weiterhin offen lassen. Zwar ist, wie oben erwähnt, ein militärisches Niederwerfen des Südens zurzeit nicht durchführbar, jedoch möchte sich der Norden diese Option allein als politisches Druckmittel nicht verbauen. Es sei hier unmissverständlich festgehalten, dass diese Option im Falle eines Friedensvertrages mit dem Süden nicht aus Respekt vor dem Völkerrecht vergeben wäre. Es wäre im Falle eines Friedensbruches (durch Nordkorea) jedoch für die Vereinigten Staaten (die diesen Respekt zumindest aus innenpolitischen Gründen aufbringen müssen) leichter, eine Intervention ihrerseits zu rechtfertigen. Auch will Nordkorea dadurch erreichen, dass Provokationen und Kampfhandlungen (Raketentests, Seegefechte etc.) gegenüber Verbündeten der USA,

Drogen- und Falschgeldhandel, Schmuggel oder gegebenenfalls auch Piraterie (Nordkorea ist so ein Verhalten durchaus zuzutrauen) von Seiten der Vereinigten Staaten nicht mit Gewalt sanktioniert werden. Gegenüber diplomatischem Protest zeigt sich Pjöngjang bekanntlich unbeeindruckt.

Klar ist, dass die USA es diesbezüglich strikt ablehnen, mit Nordkorea einen bilateralen Nichtangriffspakt zu schließen.

Das stete Bemühen, das eigene politische Überleben sicherzustellen, ist eine Konstante in der nordkoreanischen Außen- und Sicherheitspolitik und kann als prioritäres Ziel gesehen werden. Verhandlungsmasse für wirtschaftliche Zugeständnisse zu erreichen, leitet sich aus der schlechten wirtschaftlichen Situation Nordkoreas ab, es ist sozusagen ein Teilaspekt der Überlebensstrategie. Jedoch wird die internationale Politik durch Nordkorea primär aus der Perspektive der militärischen Sicherheit wahrgenommen. Für multilaterale diplomatische Beziehungen, internationale Organisationen und globale Wirtschaftsprozesse zeigt man wenig Verständnis.⁵⁴ Daher ist es auch zweifelhaft, ob das Atomwaffenprogramm und mögliche fertiggestellte Waffen im Ganzen als Verhandlungsmasse betrachtet werden, denn diese werden anscheinend als „Blue Chip“ für den Regimeerhalt gesehen. Wirtschaftliche Fehlleistungen können zwar auch das Regime gefährden, jedoch dürften die bereits überstandenen Hungerkatastrophen die Einschätzung noch verstärkt haben, dass die äußere Sicherheit das schwerwiegendere Problem ist. Insofern ist zu vermuten, dass sich Nordkorea immer eine nukleare Reserve offen halten will. In diesem Sinne könnte es auch sein, dass Nordkorea 1994 das vermutlich nicht vollendbare Plutoniumprojekt als Verhandlungsmasse gegen wirtschaftliche Zugeständnisse preisgab, das Erfolg versprechende Uran-Programm jedoch weiterverfolgte, um letztendlich doch zu Atomwaffen zu gelangen.

⁵³ „Firstly, if the US recognizes the DPRK's sovereignty, secondly, if it assures the DPRK of non-aggression and thirdly, if the US does not hinder the economic development of the DPRK.“ Stellungnahme des nordkoreanischen Außenministeriums vom 25.10.2002, unter <www.kcna.co.jp>.

⁵⁴ Patrick Köllner, Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen, S. 26.

Bis heute bestreitet die Regierung Nordkoreas, dieses Programm zu unterhalten⁵⁵, und verweigert mit dieser Begründung auch die Aufnahme der in Frage kommenden Gebäude (ebenso wie alle anderen Einrichtungen, die nicht im Rahmenabkommen von 1994 erwähnt wurden und mit dem Plutonium-Programm in Verbindung stehen) in mögliche Inspektionsabkommen. Nordkorea will sein Programm auch nur einfrieren, nicht abbauen. Die Einschätzung skeptischer Analytiker, Pjöngjang werde sich nicht von der Herstellung von Atomwaffen abbringen lassen,⁵⁶ scheint sich diesbezüglich zu bestätigen.

Um den Verzicht auf Atomwaffen aus der Sicht Nordkoreas zu kompensieren, müssten die umliegenden Staaten wiederum äußerst umfassende Sicherheitsgarantien und Wirtschaftshilfe in Aussicht stellen. Dies würde Nordkorea allerdings in seiner Haltung, durch Drohungen und nukleare Aufrüstungen Zugeständnisse zu erpressen, bestärken und somit wiederum zu keiner Lösung beitragen.

Die Position Südkoreas

Die südkoreanische Position ist hier wohl am schwierigsten zu bestimmen. Natürlich liegt es nicht im Interesse Südkoreas, Schauplatz einer nuklearen Kriseneskalation zu sein. Wie bereits geschrieben, bringt vor allem die Nähe südkoreanischer Ballungszentren zur nördlichen Grenze ein besonderes Risiko mit sich. Um eine solche Eskalation zu vermeiden, ist man in Seoul skeptisch gegenüber schärferen Maßnahmen (Sanktionen), die den Norden eventuell in die Enge treiben könnten.⁵⁷ Auch ein durch Sanktionen bedingter Regimekollaps des Nordens ist nicht im Interesse Seouls, da Südkorea beim Wiederaufbau des vollkommen abgewirtschafteten Nordens die Hauptlast tragen müsste.

Über diese Befürchtungen hinaus sind in der Innenpolitik Südkoreas zwei weitere Trends festzustellen: Zunehmender Antiamerikanismus und der Versuch der politischen Annäherungen an den Norden. Dem zunehmenden Antiamerikanismus werden viele Gründe zugeschrieben, sie müssen hier nicht weiter erörtert werden.⁵⁸ Festzustellen ist jedoch, dass ein immer selbstbewusster werdendes Auftreten Südkoreas einen eigenen Ansatz der Nordkoreapolitik verfolgt. Dabei geht man davon aus, dass das Regime des Nordens, um sein eigenes Überleben zu sichern, wirtschaftliche Reformen einleiten werde und Südkorea den Norden dabei durch weiteres Engagement unterstützen sollte.⁵⁹ Auch erhofft man sich, als weiterer, ernsthafter Verhandlungspartner mit Nordkorea wahrgenommen zu werden.

Dass sich die südkoreanischen Präsidenten dabei weder von nordkoreanischen Atomwaffenprojekten noch von laufenden Provokationen abhalten lassen, hat dieser Haltung den Spitznamen „Sunshine-Policy“ eingebracht. Jedoch gibt es bis jetzt keine Anzeichen, dass Nordkorea den erhofften Reformkurs eingeschlagen hat oder dies in naher Zukunft vorhat. Auch sieht Pjöngjang den Ansprechpartner, um über militärische Angelegenheiten zu verhandeln, trotz der Sechsergespräche in den Vereinigten Staaten. Trotz aller Leistungen und Zugeständnisse an den Norden ist Pjöngjang Südkorea in keiner Weise entgegengekommen.⁶⁰

Ob sich Südkorea daher zu einem härteren Kurs gegenüber seinem nördlichen Bruderstaat durchringen kann, ist vor allem von der Entwicklung der innenpolitischen Situation in Südkorea abhängig. Inwieweit dabei (vermutlich von nordkoreanischen Agenten unterminierte) Studentenschaften und Lobbys eine Rolle spielen, kann nicht seriös beurteilt werden.

⁵⁵ James A. Kelly, *Ensuring a Korean Peninsula Free of Nuclear Weapons*, 2004, S. 3.

⁵⁶ Patrick Köllner, *Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen*, S. 30.

⁵⁷ Sebastian Hamisch, *Nordkoreas nukleare Waffenprogramme*, S. 155.

⁵⁸ Vgl. Seung-Hwan Kim, *Anti-Americanism in Korea*, in: *The Washington Quarterly*, 4/2002, S. 112.

⁵⁹ Vgl. ebenda.

⁶⁰ Vgl. *Bahnverbindung von Süd- nach Nordkorea, Noch immer Lücken im gemeinsamen Schienennetz*, *Neue Zürcher Zeitung*, 16.6.2003.

Anlässlich der letzten Sechsergespräche stellte Südkorea einen Dreistufenplan zur Beilegung der Krise vor. Dieser sah in der ersten Stufe das Einfrieren des nordkoreanischen Atomwaffenprojektes gegen Sicherheitsgarantien der USA vor. In der zweiten Stufe sollen Inspektionen der nordkoreanischen Atomanlagen stattfinden und als Gegenleistung die Wirtschaftshilfen wieder beginnen. Der vollständige Abbau des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms ist in der dritten Stufe vorgesehen.⁶¹ Ob dieser Plan eine offizielle Verhandlungsgrundlage darstellte, ist fraglich, zumal er mit der bisherigen amerikanischen Position unvereinbar ist.

Wie es mit der „Sunshine Policy“ nach der frühzeitigen Amtsenthebung des Präsidenten Moo Hyun Roh weitergeht, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht geklärt werden. Es ist auch noch nicht klar, welche Ausmaße der Korruptionsskandal, in den Roh verwickelt ist, annimmt, beziehungsweise ob auch dem Norden „gut gesinnte“ Geldgeber unter Rohs illegalen Geldgebern sind.⁶² Eine Kursänderung in der Nordkorea-Frage wird jedoch frühestens nach den nächsten Wahlen zu erwarten sein.

Die Position Chinas

Chinas Einstellung zur nordkoreanischen Atompolitik ist nicht von dessen generellem Interesse auf der koreanischen Halbinsel zu trennen. Chinas derzeitiges Bestreben gilt vor allem dem Erhalt des Status quo und der Deeskalation der Krise.

Eine Änderung des Regimes in Nordkorea, entweder durch Zusammenbruch oder durch eine militärische Auseinandersetzung, würde für China weit reichende wirtschaftliche Folgen haben. Zum einen wäre es einer Flüchtlingswelle ausgesetzt, die den Nordosten des Landes politisch wie wirtschaftlich destabilisieren könnte, zum anderen befürchtet man eine langfristige Beeinträchti-

gung der Wirtschaftsbeziehungen in Ostasien, sollte es zu einem militärischen Konflikt kommen.⁶³ Auch würde ein Zusammenbruch des Nordens und dessen Vereinigung mit dem Süden, die amerikanische Einflusszone wie auch mögliche Stationierungsorte amerikanischer Truppen bis an die chinesische Grenze ausdehnen.

Eine Eskalation der Krise könnte Taiwan, Südkorea und Japan politisch noch enger an die USA binden und zum eigenen Aufrüsten vor allem mit Raketenabwehrsystemen bewegen. Auch könnte in Japan das Tabu der nuklearen Bewaffnung fallen und sich somit die Militär- und Machtordnung in Ostasien zu Ungunsten Chinas verändern.⁶⁴

Um das wirtschaftliche Überleben des nordkoreanischen Regimes sicherzustellen, liefert China etwa eine Million Tonnen Reis und Getreide sowie etwa 500 000 Tonnen Schweröl pro Jahr an Nordkorea und trägt somit die Hauptlast aller wirtschaftlichen Hilfeleistungen.⁶⁵ Auch verhindert China deshalb, die Causa Nordkorea vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, da es dies als ersten Schritt in Richtung einer militärischen Eskalation, beziehungsweise eines möglichen Eingreifens der USA sieht.⁶⁶

Allerdings ist China mit der Politik Nordkoreas schon seit Jahren unzufrieden und wünscht sich einen generellen Kurswechsel Pjōngjangs.

Der Bruch des Genfer Rahmenabkommens durch Nordkorea stellte eine schwere Niederlage für China dar, das selbst großes Interesse an einer nuklearwaffenfreien Koreanischen Halbinsel

⁶¹ Es gibt einen „gewissen Konsens“, Süddeutsche Zeitung Online, 26.2.2004.

⁶² Vgl. Korean President Roh: Down but not out, Asia Times Online, 13.3.2004; South Korea goes into free fall, Asian Times Online, 6.12.2003.

⁶³ Eva Mehl, Beijings Dilemma: Nordkorea, in: China Aktuell, Dezember 2002, hg. vom Institut für Asienkunde, Hamburg, download am 20.2.2004 unter: <www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/ca/cauel120302.html>.

⁶⁴ Karsten Giese, Chinesischer Alptraum Nordkorea, in: China Aktuell, Februar 2003, hg. vom Institut für Asienkunde, Hamburg, download am 20.2.2004, unter: <www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/ca/caue020103.html>.

⁶⁵ David Shambaugh, China and the Korean Peninsula: Playing for the Long Term, in: The Washington Quarterly, 2/2003, S. 46.

⁶⁶ Karsten Giese, Chinesischer Alptraum Nordkorea.

hat.⁶⁷ Auch kann es nicht in Chinas Interesse liegen, dass ihm ein Staat bei der Weiterlieferung von Raketen und Nukleartechnik (die China selbst als Instrument der Einflussgewinnung nutzt) Konkurrenz macht.

Wirtschaftlich muss Nordkorea, das sich einem Wirtschaftsreformprozess bis jetzt verweigert, ständig durch Hilfslieferungen am Leben erhalten werden. Zahlreiche Nordkoreaner flüchten aufgrund der schlechten Versorgungslage nach China und werden dort als illegale Arbeitskräfte und Prostituierte weitergehandelt. (Im Jahr 2000 erreichte die Flüchtlingsbewegung mit 200 000 Personen pro Jahr ihr Maximum, besonderes Ärgernis war für China die Besetzung von Botschaften und Konsulaten durch nordkoreanische Flüchtlinge, die sich so ihre Ausreise nach Südkorea erpressten.)⁶⁸

Das Hauptinteresse Chinas auf der Koreanischen Halbinsel verlagert sich immer mehr in Richtung Südkorea. 2001 wurde China Südkoreas wichtigster Handelspartner, umgekehrt rangiert Südkorea in China auf Rang drei. Der Handel zwischen den beiden Staaten wuchs 2002 nach Schätzungen um etwa 30 Prozent. Auch kam man sich politisch näher, die Treffen von Ministern und Staatssekretären häufen sich, ebenso wurden militärische Austauschprogramme absolviert.⁶⁹ China versucht, seinen Einfluss in Südkorea zu stärken, um einerseits bei einer eventuellen Wiedervereinigung nicht marginalisiert zu werden und um zu verhindern, dass die USA nach einem möglichen Wegfall der Bedrohung durch Nordkorea Südkorea in eine eventuelle Eindämmungsstrategie gegen China mit einbezieht. Insofern wird China einer politischen Veränderung auf der Koreanischen Halbinsel erst dann positiv gegenüberstehen, wenn es gelingen sollte, in Südkorea so viel Einfluss zu gewinnen, dass die Koreanische

Halbinsel in solch einem Fall nicht aus der eigenen Einflusszone verschwinden würde.

China unterstützte daher lange Zeit die Forderung Pjöngjangs nach einem bilateralen Nichtangriffspakt Nordkoreas mit den Vereinigten Staaten.⁷⁰ Dies sollte den Einfluss der USA auf der Koreanischen Halbinsel zurückdrängen und somit China freiere Hand geben.

Mit dem Abgehen von der Forderung einer bilateralen Lösung zwischen den USA und Nordkorea sowie mit dem starken Engagement Chinas als Veranstalter der Sechsergespräche setzte sich Peking selbst unter hohen Erfolgsdruck. Es will sich als maßgeblicher regionaler, wenn nicht weltpolitischer Akteur behaupten und seine Rolle in Asien gegenüber den Vereinigten Staaten stärken. Ein Scheitern der Bemühungen um die Beilegung des Streites wird damit jedoch auch zur Niederlage Chinas und unterminiert die eigene Macht- und Einflussposition.⁷¹ Nordkoreas Wankelmütigkeit und seine Provokationen richten sich von nun an nicht mehr gegen die USA alleine, sondern schaden auch dem Ansehen Chinas. Diesbezüglich hat China im Rahmen der ersten Sechsergespräche beziehungsweise nach deren Ende bereits negative Erfahrungen mit Pjöngjang gemacht und auch (mit der zusätzlichen Stationierung von 150 000 Mann an der chinesisch-nordkoreanischen Grenze) ungewohnt deutlich reagiert.

Weiters möchte China sein neues strategisches Verhältnis zu den USA, das unter dem Schlagwort „Kampf gegen den Terror“ eine neue Bedeutung gewonnen hat, nicht wegen Nordkorea verspielen.⁷²

Bis jetzt schwankt China zwischen der Position des stillen Unterstützers Nordkoreas, die mit der Furcht vor den negativen Folgen einer Eskalation

⁶⁷ Karsten Giese, Chinesisch-Nordkoreanischer Winter, in: China Aktuell, Oktober 2002, hg. vom Institut für Asienkunde, Hamburg, download am 20.2.2004 unter: <www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/ca/caue100302.html>.

⁶⁸ David Shambaugh, China and the Korean Peninsula, S. 47.

⁶⁹ Ebenda, S. 49.

⁷⁰ Karsten Giese, Chinesischer Alptraum Nordkorea.

⁷¹ Elena Meyer-Clement, Nordkorea-Krise: Sechs-Länder-Gespräche in Beijing ohne greifbares Ergebnis beendet, in: China Aktuell, August 2003, hg. vom Institut für Asienkunde, Hamburg, download am: 20.2.2004 unter: <www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/ca/caue080103.html>.

und vor der Ausdehnung des amerikanischen Hegemonialbereiches begründet werden kann, und der zunehmenden Unzufriedenheit mit der Führung in Pjöngjang und der damit verbundenen Möglichkeit, den Druck auf Nordkorea zu erhöhen.

Die Unklarheit der weiteren Positionierung Chinas dürfte auch mit einem Generationenkonflikt und Meinungsverschiedenheiten über die Ausrichtung der chinesischen Außenpolitik innerhalb der chinesischen Führung zu tun haben.⁷³ Insofern hat der Regierungsantritt Hu Jintaos das Hinwenden Chinas zu multilateralen Gesprächen gebracht. Wieweit sich Chinas Position weiter verändert, bleibt abzuwarten.

Die Position Japans

Japan fühlt sich auf der einen Seite durch das nordkoreanische Atomwaffen- und Raketenprogramm bedroht und durch die Entführungen japanischer Staatsbürger in den siebziger und achtziger Jahren gedemütigt, auf der anderen Seite hat man aus historischen Gründen gewisse Berührungspunkte mit sicherheitspolitischen Themen.

Japan war daher lange darauf bedacht, Nordkorea in seinem Verhalten und seiner Rhetorik nicht allzu sehr zu provozieren. Zum einen wollte man die Verhandlungen über die Freilassung der Entführungsoffer beziehungsweise deren in Nordkorea geborene Kinder nicht gefährden, weiters wollte man sich in keinen Handlungszwang hineinreden.⁷⁴ Dazu hätte Japan, wenn auch nicht so stark wie Südkorea, unter einem durch wirtschaftliche Sanktionen herbeigeführten Regimekollaps wirtschaftlich zu leiden.

Dennoch hat die Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm in Japan zu einem bemerkenswerten Wandel der politischen Kultur in sicherheitspolitischen Fragen geführt. Es wurden die Kompetenzen der Streitkräfte im Konfliktfall erweitert, ein Notstandsrecht eingeführt⁷⁵ und die Möglichkeit der Verhängung von Sanktionen geschaffen.⁷⁶ Auch soll von japanischen Militärs erwogen worden sein, im Falle einer nordkoreanischen Bedrohung durch ballistische Raketen Präventivschläge von Seiten Japans durchzuführen.⁷⁷ Zwar wird ein solch hartes Vorgehen von der derzeitigen Regierung und dem Großteil der Öffentlichkeit nicht unterstützt, jedoch wäre die bloße Erwägung von Präventivschlägen durch Japan in der Öffentlichkeit vor der Nuklearkrise undenkbar gewesen.

In der Lösung der Korea-Frage ist Japan auf die USA angewiesen. Mit dem Fortschreiten der Verhandlungen kam es zu einer zunehmenden Annäherung an die Positionen der USA. Auch ist Japan verglichen mit Südkorea eher bereit, mit den USA den Druck auf Nordkorea zu erhöhen. So hat Japan auch zusammen mit den USA die Schweröllieferungen an Nordkorea im Jahre 2002 eingestellt. Mit der gesetzlichen Ermächtigung der Regierung, auch Sanktionen gegen Nordkorea verhängen zu können, hat die japanische Regierung ihren Handlungsspielraum erweitert.

Das verstärkte militärische Engagement Japans (in Osttimor und zuletzt auch im Irak) zeigt, dass sich in der japanischen Sicherheitspolitik zunehmend eine realpolitische Auffassung durchsetzt. Ob dieser Paradigmenwechsel zu einer nuklearen Bewaffnung Japans führen könnte, ist umstritten. In naher Zukunft ist es jedoch auszuschließen. Schließlich ist der Beschluss, Nuklearwaffen zu bauen, von einer ganz anderen Qualität als Peacekeeping-Truppen zu entsenden oder Wirtschaftssanktionen zu verhängen. Auch würde dies zu

⁷² Ebenda.

⁷³ Vgl. Rüdiger Machetzky, Nuklear-Frage Nordkorea, in: China Aktuell, Januar 2003, hg. vom Institut für Asienkunde, Hamburg, download am 20.2.2004 unter: <www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/ca/caue010203.html>.

⁷⁴ Dirk Nabers, Japans Nordkorea-Politik immer schwieriger, in: Japan Aktuell, Jänner 2003, hg. vom Institut für Asienkunde, Hamburg, download am 20.2.2004 unter: <www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/jap/japue014303.html>.

⁷⁵ Neues Notstandsgesetz in Japan, Sicherheitspolitische Regelung für den Angriffsfall, Neue Zürcher Zeitung Online, 16.5.2003.

⁷⁶ Sanctions bill gets green light, The Asahi Shimbun Online, 30.1.2004.

⁷⁷ Erich Reiter, Nach dem Irak nun Nordkorea?, S. 19.

einem vollkommenen Bruch mit Amerika führen, den sich Japan weder wirtschaftlich noch politisch leisten kann und will. (Es ist zu beachten, dass sich Washington eine verstärkte aktive Beteiligung Japans an Operationen zur Krisenbewältigung stets wünschte.) Eine nukleare Bewaffnung Japans scheint erst dann eine realistische Option zu werden, wenn die Ordnungspolitik der Vereinigten Staaten in Ostasien eine derartige Niederlage erleidet, dass die ehemaligen Verbündeten keine Chance mehr sehen, ihre vitalen Sicherheitsinteressen im Verbund mit den Vereinigten Staaten wahrnehmen zu können.

Ein solches Szenario ist jedoch im Rahmen der Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm nicht realistisch.

Die Position Russlands

Russland, ein ehemaliger Verbündeter Nordkoreas, spielt im ostasiatischen Raum seit dem Kollaps seines Imperiums (der Sowjetunion) keine bedeutende Rolle mehr. Seine Teilnahme an den Pekingern Gesprächen ist eher symbolischer Natur. Da zur Zeit der zweiten Pekingern Gesprächsrunde nicht absehbar war, ob der an dieser teilnehmende russische Vizeaußenminister Alexander Losjukow der russischen Regierung nach der von Präsident Putin angekündigten Kabinettsumbildung angehören wird, wurde die russische Position zusätzlich geschwächt. Trotzdem seien die russischen Interessen kurz dargestellt:

Russland bemüht sich wie China und Südkorea um die Aufrechterhaltung des Status quo, um ein Verhindern der weiteren Eskalation der Lage sowie um gutnachbarschaftliche Beziehungen zu und zwischen beiden Koreas.⁷⁸ Eine Eskalation könnte die ohnehin schwache Position Russlands in Ostasien gefährden.

Russland plädiert für eine Paketlösung der Krise auf Basis des Genfer Rahmenabkommens von 1994, verbunden mit erweiterten Sicherheitsgarantien für Nordkorea und dem Ausbau der

wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Koreas und ihrer Nachbarn. Aus russischer Sicht haben vor allem die USA durch die Nichteinhaltung des Genfer Rahmenabkommens und durch die aggressive Rhetorik der Bush-Administration zu einer Eskalation der Krise beigetragen. Auch lässt die russische Argumentation darauf schließen, dass man sich mit China im fernen Osten in einem zunehmenden Konkurrenzverhältnis um Macht und Einfluss befindet.⁷⁹ Somit liegt der Grund für die schonende Behandlung Nordkoreas und die stetige Weigerung Moskaus, Pjöngjang unter Druck zu setzen, vermutlich in der Befürchtung, den letzten „Klienten“ in Ostasien zu verlieren.

Ob die weiche Haltung Russlands auch China unter Druck setzt, gegenüber Nordkorea keine Drohkulisse aufzubauen, wird davon abhängen, inwieweit China Russland in Ostasien noch als Konkurrenz sieht.

Die Position der USA

Für die Vereinigten Staaten treffen in der Korea-Frage zwei vitale Interessen zusammen: die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und die Stabilität und Sicherheit in Ostasien aufrecht zu erhalten.

Ersteres ist ein besonderes Interesse der USA, das neben dem „Kampf gegen den Terrorismus“ das sicherheitspolitische Denken und die doktrinaire Ausrichtung beherrscht.⁸⁰ Schließlich wurde auch die Intervention im Irak vor allem mit der Sorge um die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen unter dem Regime Saddam Husseins begründet. Ob andere Gründe den Ausschlag gaben, ist andernorts zu diskutieren.

Ostasien wiederum ist nicht nur als „Gegenküste“ der USA von besonderer geostrategischer Relevanz, sondern auch ein Wirtschaftsraum mit großer Bedeutung. Fast eine halbe Million US-Amerikaner lebt und arbeitet in Ostasien, etwa ein Drittel des US-amerikanischen Handelsvolumens

⁷⁸ Anatollii Torkunov, *The Korean Issue*, in: *International Affairs*, 4/2003, Minneapolis u.a. 2003, S. 42.

⁷⁹ Ebenda, S. 45ff.

werden in dieser Region erwirtschaftet.⁸¹ Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind die Vereinigten Staaten „Schirmherr“ für ihre Verbündeten in der Region (Japan, Taiwan, Südkorea, Philippinen, Malaysia, Thailand) und haben im Zuge dessen zwei größere Kriege in Ostasien geführt, einen davon auf der Koreanischen Halbinsel.

Ein Versagen der USA bei der Lösung der Korea-Frage würde die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten als lokalen Stabilisator aufs Spiel setzen und einen Einflussverlust in Ostasien bedeuten. Dies hätte negative Folgen sowohl für die japanische Sicherheitslage als auch für die Situation um die Straße von Formosa.

Sollte Nordkorea mit seiner erpresserischen Politik Erfolg haben, wäre der durch den dritten Golfkrieg herbeigeführte abschreckende Effekt, der Libyen und den Iran zur Abkehr von ihrer bisherigen Rüstungspolitik brachte, verspielt. Andere Staaten könnten dem nordkoreanischen Beispiel folgen und sich durch die Beschaffung von Nuklearwaffen der amerikanischen Einfluss-sphäre entziehen beziehungsweise versuchen, wirtschaftliche oder politische Zugeständnisse der Staatengesellschaft zu erpressen.

Auch könnte diese Entwicklung dazu führen, dass einige Staaten ihre sicherheitspolitische Kooperation neu überdenken und in einem solchen Falle eventuell den nuklearen Schutzschirm der USA durch einen eigenen zu ersetzen suchen.⁸² Dazu müsste die Krise vermutlich weit über das bisherige Maß eskalieren. Man bedenke die politisch-wirtschaftlichen Folgen eines dadurch herbeigeführten Bruches mit den USA sowie die mit der nuklearen und konventionellen Aufrüstung verbundenen Kosten, zu denen noch die durch das Ende der (rüstungs-)technischen Zusammenarbeit mit den USA verursachten Kosten der (konventionellen) Forschungs-, Entwicklungs- und Rüstungsprogramme kämen. Auch würde

dies einige Staaten vor politische Probleme stellen, da diese von nun an alle ihre Sicherheitsinteressen selbstständig wahrnehmen müssten.

Nach der Erosion des KEDO-Prozesses⁸³ und dem Eingeständnis Nordkoreas, ein weiteres Uran-basiertes Nuklearwaffenprogramm zu betreiben, stellten die USA die Lieferungen von Schweröl und Leichtwasserreaktoren an Nordkorea ein⁸⁴. Man beschuldigte Nordkorea, das Genfer Rahmenabkommen gebrochen zu haben (was objektiv auch der Fall war), und verlangte einen vollständigen, irreversiblen und verifizierbaren Abbau der nordkoreanischen Atomwaffenprogramme für die Wiederaufnahme der Hilfeleistungen.

Die harte Haltung wird aus mehreren Gründen an den Tag gelegt: Erstens will man sich nicht als erpressbar geben, nachdem Nordkorea die im Genfer Rahmenabkommen vereinbarten Schritte nicht einhielt und nun noch einmal Zugeständnisse und Hilfslieferungen verlangt. Wahrscheinlich geht man in Washington davon aus, dass man auf kurz oder lang um diese Lieferungen nicht herumkommt, möchte aber die Ausgangsposition für den Poker um Hilfsleistungen so weit wie möglich drücken.

Zweitens hat man in den Vereinigten Staaten aus den Erfahrungen mit Nordkoreas politischen Täuschmanövern Lehren gezogen und gibt sich nur mit einer Totallösung zufrieden. Ein neues Abkommen muss nicht nur die im Genfer Rahmenabkommen beschriebenen Anlagen beinhalten, sondern auch mögliche weitere Stätten zur Aufbereitung von Plutonium sowie das Uran-basierte Atomwaffenprogramm. Ähnlich den Inspektionen in Libyen und im Iran müssen den Inspektoren weitläufige Kompetenzen eingeräumt werden. Auch geben sich die Vereinigten Staaten nicht mit einem bloßen Einfrieren des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms zufrieden (wie 1994). Um ein neuerliches Zurückschwenken Nordkoreas zu verhindern, sollen die Anlagen

⁸⁰ The Military Balance 2002–2003, S. 14ff.

⁸¹ Derek J. Mitchell, A Blueprint for U.S. Policy toward a Unified Korea, Cambridge 2003, S. 124.

⁸² Vgl. Kurt M. Campbell, Nuclear Proliferation beyond Rogues, in: The Washington Quarterly, 4/2002, S. 7ff.

⁸³ Korean Peninsula Energy Development Organization.

⁸⁴ Sebastian Harnisch, Nordkoreas Nukleare Waffenprogramme, S. 155.

unwiderruflich abgebaut werden.⁸⁵ Dies ist für Nordkorea inakzeptabel, schließlich will man sich die nukleare Option nicht endgültig verbauen.

Als Gegenleistung bieten die USA Sicherheitsgarantien im Rahmen eines multilateralen Friedensvertrages, wirtschaftliche Hilfeleistung und die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen an. Der multilaterale Friedensvertrag wird deshalb favorisiert, da er Nordkorea zu einem kooperativen und friedlichen Umgang mit all seinen Nachbarstaaten, vor allem Südkorea, verpflichtet. Sollte Nordkorea diesem zuwiderhandeln, hätten die USA einen Rechtstitel, um trotz Friedensvertrag Südkorea militärischen Beistand zu leisten. Die wirtschaftlichen Hilfeleistungen sollen erst dann einsetzen, wenn Nordkorea seinen Verpflichtungen zum Abbau seines Atomwaffenprojektes nachgekommen ist. Dies soll den wirtschaftlichen Druck auf Pjöngjang aufrechterhalten. Wie weit die Normalisierungen der zwischenstaatlichen Beziehungen gehen, ist nicht festgelegt. Vermutlich dürfte es zur Einrichtung eines „Liaison Office“ wie in der Volksrepublik China vor 1972 kommen.

Die Vereinigten Staaten versuchen, eine Lösung im Rahmen von multilateralen Gesprächen herzustellen. Dies wird vor allem deshalb angestrebt, um Nordkoreas Möglichkeit, seine Nachbarstaaten gegeneinander auszuspielen, zu beschneiden. Nordkorea verfolgte in den vergangenen Jahren stets doppelköpfige Verhandlungsstrategien, es versuchte, durch das Unterbreiten unterschiedlicher Offerte beziehungsweise Positionen an jeweils andere Akteure größtmöglichen Nutzen aus den verschiedenen Interessen der Staaten zu ziehen.⁸⁶ Im Rahmen multilateraler Gespräche ist das Festhalten an einer solchen Verhaltensstrategie kaum möglich.

Auch dienen multilaterale Gespräche dazu, andere Mächte, vor allem China, unter Erfolgsdruck zu setzen. Die Vereinigten Staaten haben

China, das durch seine ununterbrochenen Hilfeleistungen Nordkoreas wirtschaftliches Fortbestehen sichert, immer eine zentrale Position bei der Beilegung des Streites um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm beigemessen. Solange die Verhandlungen nur zwischen den USA und Nordkorea stattfanden, übte sich Peking in Zurückhaltung und war nicht bereit, auf Pjöngjang Druck auszuüben. Mit den Sechsergesprächen, deren Zustandekommen auch auf ein starkes Engagement Chinas zurückzuführen ist, steht Peking unter einem gewissen Druck, das Vorschreiten des Verhandlungsprozesses zu forcieren. Damit sind jedoch die unterschiedlichen Interessen der beiden Mächte nicht verschwunden. Auch kann nicht erwartet werden, dass China, trotz aller nordkoreanischen Provokationen, auf eine ähnlich harte Verhandlungsposition wie die USA einschwenkt.

In der Vergangenheit haben die Vereinigten Staaten versucht, einige andere Interessen, vor allem die Reduzierung nordkoreanischer Truppen entlang der demilitarisierten Zone und die Raketenprojekte Nordkoreas, in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Dies hat jedoch die Verhandlungsposition Pjöngjangs zusätzlich versteift. Nach den bisherigen Verhandlungsentwicklungen dürften die USA davon abgegangen sein, bestimmte Forderungen an die interne Truppendislozierung der nordkoreanischen Armee zu stellen. Die Weiterverbreitung von Trägermitteln für Massenvernichtungswaffen wird allerdings zu einem immer schwerer wiegenden Problem der internationalen Sicherheitspolitik, dem von Seiten der westlichen Staaten entgegengetreten werden muss. Nordkorea ist hierbei einer der Hauptexporteure ballistischer Raketen. Jedoch gibt es diesbezüglich unter den in den Sechsergesprächen vertretenen Staaten keine gemeinsame Position. Eine Einigung über dieses Thema scheint also ausgeschlossen.

Es ist nicht bekannt, ob das Thema „Entwicklung und Verkauf von ballistischen Raketen durch Nordkorea“ auf der Tagesordnung der aktuellen Sechsergespräche steht. Anscheinend stützen sich

⁸⁵ James A. Kelly, *Ensuring a Korean Peninsula Free of Nuclear Weapons*, S. 3f.

⁸⁶ James A. Kelly, *Ensuring a Korean Peninsula Free of Nuclear Weapons*, S. 4.

die Vereinigten Staaten und ihre ostasiatischen Partner in dieser Frage vermehrt auf die immer konkreter werdenden militärischen Projekte zur Abwehr ballistischer Raketen und weniger auf multilaterale Diplomatie.

Ausblick

Es ist zurzeit schwer, Prognosen über die Fortentwicklung oder sogar über eine mögliche Lösung der Krise abzugeben.

Nachdem es im Interesse keines Anrainers ist, dass Nordkorea Atomwaffen besitzt, geschweige denn diese weiterexportiert, ist eine Einigung der übrigen fünf Staaten auf eine gemeinsame Nordkoreapolitik grundsätzlich möglich, wenngleich es auch schwierig ist, die unterschiedlichen Ansätze und Interessen auf einen Nenner zu bringen. Da weder China, Russland noch Südkorea bereit sind, eine harte Sanktionspolitik zu tragen, ist nicht absehbar, welche Maßnahmen zur Implementierung eines neuerlichen Abkommens ergriffen werden können. Dass ein Rahmenabkommen, das gegenüber Nordkorea bei einem erneuten Fehlverhalten keine negativen Sanktionen beinhaltet, zum Erfolg führen wird, ist zu bezweifeln.

Der von Südkorea vorgebrachte Dreistufenplan stellt (beurteilt an den veröffentlichten Eckdaten) jedenfalls keinen ernsthaften Lösungsansatz dar, da er Nordkorea die Möglichkeit gibt, nach einem Einfrieren des Nuklearprogramms in den Genuss wirtschaftlicher Hilfeleistungen zu kommen, ohne das Nuklearwaffenprogramm abzubauen. Legt man dem Plan die Erfahrungen mit Pjöngjangs bisherigen Verzögerungs- und Behinderungstaktiken sowie die Bedeutung, die es dem Atomwaffenprogramm beimisst, zugrunde, so ist es eher wahrscheinlich, dass Nordkorea so lange wie möglich Hilfsleistungen lukriert, um am Ende erneut das Atomwaffenprogramm zu reaktivieren und weitere Zugeständnisse zu erpressen.

Dass es zuerst zu einem Einfrieren der Atomwaffenproduktion und einer Verifikation aller

Anlagen und Programme kommen muss, liegt zwar auf der Hand, doch es ist fraglich, wie dieses „belohnt“ werden soll. Es ist zu erwarten, dass Nordkorea seine Anlagen wenn überhaupt erst dann abbaut, wenn es keine anderen Handlungsoptionen offen hat. Sollte das bis jetzt vorangetriebene Plutonium-basierte Nuklearwaffenprogramm ohne Erfolg geblieben sein, wird es auch schwierig sein, Nordkorea zu einem ernst gemeinten Inspektionsabkommen zu bewegen, da es um den Verlust der Glaubwürdigkeit seiner gesamten Nuklearpolitik fürchten müsste, würde sein Bluff auffliegen.

Letztlich stellt sich die Frage, ob Nordkorea überhaupt bereit sein wird, sein Atomwaffenprogramm abzubauen. Aufgrund der hohen Priorität, die das Programm in der nordkoreanischen Sicherheitskonzeption einnimmt, der Wahrnehmung des internationalen Umfeldes durch Pjöngjang und der bisherigen Fähigkeit des Regimes Kim Jong Ils, wirtschaftliche Katastrophen und Engpässe unbeschadet zu überstehen, ist eher nicht damit zu rechnen, dass Nordkorea seinen sicherheitspolitischen „Blue Chip“ aufgeben wird.

Eine Änderung dieser Lage könnte sich lediglich ergeben, sollte China den Druck auf Nordkorea massiv erhöhen. Das ist zurzeit ausgeschlossen, jedoch sollte sich auch China überlegen, inwieweit ein nuklear aufgerüstetes Nordkorea dem Konzept einer China-zentrierten Sicherheitsstruktur schadet und welche Handlungseinschränkungen sich daraus ergeben. Nordkorea könnte Chinas Rolle als Regionalmacht zu jeder Zeit unterminieren oder gar in Frage stellen. Vor allem gilt zu bedenken, dass eine mögliche chinesische Drohpolitik mit steigenden nuklearen Fähigkeiten Nordkoreas immer riskanter wird. Aufgrund der geografischen Nähe ist diese Entwicklung für China mehr von Nachteil als für die Vereinigten Staaten. Allerdings müssen sich die Vereinigten Staaten auch Gedanken machen, China für ein mögliches Einlenken im Bereich der Macht- und Militärordnung Ostasiens (Truppendislozierungen, Waffenlieferungen an Taiwan etc.) zu entlohnen.

In der Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm scheinen die maßgeblichen Fragen der Machtordnung Ostasiens zusammenzufließen. Dies unterstreicht die Bedeutung des Konfliktes und gebietet eine genaue Beobachtung des weiteren Verlaufes der Verhandlungen. Allerdings macht es den Konflikt durch seine Vielschichtigkeit auch umso komplizierter und schwieriger zu lösen. Eine rasche Konfliktbeilegung oder Lösung kann daher nicht erwartet werden.